

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlöhne.

Unterlate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein
preis beträgt 85 Pf. für die gespaltene Zeitung. Der Betrag ist im

Nr. 45

Sonnabend, den 9. November

1919

Achtung!

Infolge der Einschränkung des Eisenbahnverkehrs muss mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass diese und die nächste Nummer des „Tabak-Arbeiter“ nicht zeitig genug in den Besitz der Mitglieder kommt. Wir bitten das zu beachten, wenn Unterbrechungen in der Zustellung eintreten sollten.

Redaktion und Expedition des „Tabak-Arbeiter“

An die Arbeit!

Der 17. Verbandstag unserer Organisation ist beendet und hat, um es vorweg zu bemerken, gute und brauchbare Arbeit geleistet. Aufgabe aller Mitglieder muss es nun sein, an die Arbeit zu gehen, um den Worten und Beschlüssen des Verbandstages die Tat folgen zu lassen. Selbstverständlich ist es im Rahmen dieser Ausführungen nicht möglich, alle Beschlüsse, die gefasst worden sind, eingehend zu erörtern. Soweit eine Notwendigkeit hierzu vorliegt, werden in den nächsten Nummern unserer Zeitung auslärende Artikel folgen.

Wer die Debatten in den Zahlstellen und Gaukonferenzen, sowie die Anträge, die zum Geschäftsbericht des Vorstandes gestellt waren, aufmerksam verfolgt hat, konnte voraussehen, dass es zu scharfen Auseinandersetzungen kommen würde. So ist es denn auch geschehen. Aber es muss anerkannt werden, dass alle Teilnehmer bemüht waren, sachlich zu bleiben und auch die Gründe der Anderseitsenden zu würdigen. Die Verhandlungen standen, allgemein genommen, auf einer Höhe, die sich vorzüglich abhebt von der mancher anderen Tagung der letzten Monate.

Über die Tabaksteuer gab es nur die eine Meinung, dass es unser Bestreben sein muss, Belastungen des Tabaks mit allen Mitteln zu verhindern. Hätte die Frage gelautet: „Wollen wir Tabaksteuern oder nicht?“, ein einmütiger ablehnender Beschluss wäre zustande gekommen. Aber die Dinge liegen doch anders. Nicht darum handelt es sich, ob wir Tabaksteuern wollen oder keine, sondern ob es nicht im Interesse der Tabakarbeiter liegt, praktisch mitzuarbeiten, wenn eine weitere Belastung nicht zu verhindern ist. Und die Erfahrung hat uns gezeigt, dass durch die Mitarbeit unserer Kollegen in der Nationalversammlung die Vorderrolle einer ein anderes Gesicht bekommen hat, als wenn sie ihre Mitarbeit verweigert hätten.

In der Frage der Lohnpolitik, zweifellos der wichtigsten, mit der sich der Verbandstag zu beschäftigen hatte, herrschte Einmütigkeit darüber, dass wir zu zentralen Tarifabschlüssen kommen müssen, die uns allein die Gewähr bieten, dass die Lage aller Tabakarbeiter gehoben wird. Wir werden diese Frage in einer der nächsten Nummern eingehend behandeln. Ebenso werden Ausführungen über das Betriebsratsystem von unseren Kollegen Nienendorf und Bergholz zur Klärung der Meinungen in der Materie beitragen, so dass wir an dieser Stelle nicht näher darauf einzugehen brauchen.

Die notwendigen Statutenänderungen, wie Beitrags erhöhung, Festsetzung der verschiedenen Unterstützungen, erfolgte mit einer Einmütigkeit, wie sie auf früheren Verbandstagen nicht immer vorhanden war. Es konnte sich eben niemand der Einsicht verschließen, dass Einnahmen und Ausgaben, der heutigen Geldentwertung entsprechend, auf eine andere Grundlage gestellt werden müssen. Besonders erfreulich war die Geschlossenheit, mit der die Teilnehmer aus allen Wauen Deutschlands die Bereitstellung grösserer Mittel für den Kampf forderten.

Kein äußerlich betrachtet hatte diese Tagung ein wesentlich anderes Gepräge als die früheren. Noch nie waren weibliche Delegierte so zahlreich auf einem Verbandstage vertreten wie auf diesem. Die weiblichen Mitglieder betragen jetzt ungefähr $\frac{1}{4}$ der Gesamtmitgliedschaft, und es war daher nicht mehr wie recht und billig, dass sie nunmehr auch eine Vertretung ihres Geschlechtes im Vorstande erhalten haben. Auch die Spezialbranchen waren stärker vertreten als früher. Unsere Verbandstage sind nicht mehr das, was sie früher waren, keine Vertretungen der Zigarrenarbeiter. Besonderen Wert legen wir darauf, festzustellen, dass die Verhandlungen uns den Beweis erbracht haben, dass syndikalische Bestrebungen in den Kreisen der Tabakarbeiter keinen Anklang gefunden haben und auch in Zukunft nicht

finden werden. Diesen Augus können sich die Tabakarbeiter nicht leisten, wollen sie nicht ihr eigenes Grab schaffen. Nein, general müssen wir organisiert sein, die Tabakarbeiter ganz Deutschlands zusammenfassen im Kampf um die Befreiung aus der Lohnsklaverei. Dieser Kampf kann endgültig nur zum Siege führen, wenn wir uns mit unseren Brüdern im Auslande einig wissen. Die Worte unserer dänischen und unseres holländischen Kollegen bergen darin, dass auch über die Grenzen Deutschlands hinaus diese Meinung und dieser Geist der Solidarität vorherrschen soll, trotz des Weltkrieges mit allen seinen Begleiterscheinungen. So wollen wir denn alle an die Arbeit gehen. Als Rücksicht unseres Handelns sollen uns die Beschlüsse des Verbandsstages dienen, nicht nur da, wo sie uns Rechte geben sondern auch da, wo sie uns Pflichten auferlegen. Mitarbeiter müssen auch die, deren Wünsche nicht restlos erfüllt worden sind. Nun, da die Beschlüsse des Verbandsstages vorliegen, müssen wir uns in der Ausführung einig sein. Dem geschlossenen Unternehmerium müssen wir eine geschlossene Tabakarbeiterchaft gegenüberstellen. Wenn alle Mitglieder in diesem Sinne wirken, dann wird es auch möglich sein, das gesteckte Ziel zu erreichen. Deshalb wollen wir unsere Ausführungen schließen mit den Rufen, in die alle Delegierte mit glockenhender Begeisterung einstimmen:

Hoch der Deutsche Tabakarbeiter-Verband!
Hoch die internationale Brüderlichkeit!

Verhandlungsbericht des 17. Verbandstages. (Fortsetzung.)

Donnerstag, den 30. Oktober.
Vormittagsitzung.

Die Beratung über die zum Statut und Wahlreglement gestellten Anträge wird fortgesetzt.

Groß (Schorndorf): In Württemberg sind wir mit der Beitrags erhöhung im Sinne der Tarifabschlüsse einverstanden. Auch den Zollklassen der kleineren Zahlstellen müssen höhere Prozente zugeschlagen werden, da sie prozentual die gleichen Ausgaben haben wie die größeren. Um unsere wirtschaftlichen Kämpfe in Zukunft erfolgreich durchzuführen zu können, ist eine Erhöhung der Streitkostenförderung notwendig. Eine Teilung der grösseren Gane ist eine Notwendigkeit.

Fuchs (Hamburg): Ohne genügende Finanzierung unserer Organisation können wir nichts erreichen. Solange die sozialen Fortschritte nicht unseren Wünschen entsprechen, dürfen wir die Unterstützungsvereinbarungen unseres Verbandes nicht abbauen.

Ein Schlussantrag wird angenommen.

Alle vorliegenden und genügend unterstützten Anträge werden der Statutenberatungskommission überwiesen.

Gelebt wird nunmehr Punkt 5:

Die zukünftige Lohnpolitik des Verbandes.

Referent Haltung (Bremen): führt aus:

Zur Erfüllung unserer gewerkschaftlichen Ausgaben ist eine straffe, gut ausgebaute Organisation Voraussetzung. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Geschäftsjunktur müssen bei jeder Bewegung ihre Berücksichtigung finden. Unter Organisationsverhältnissen ist trotz der eingetretenen Besserung nicht befriedigend. Vor dem Kriege waren unsere Kämpfe mehr dristiger Natur. Dadurch war es den Fabrikanten möglich, sich den Lohnerschöhungen zu entziehen durch Verlegung ihrer Fabrikation. Auch während früher Tarifpolitik ist unter diesen militärischen Zuständen. Das Vorhandensein mehrerer Tabakarbeiterorganisationen zerstörte die Kräfte und hinderte eine voll Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten. Es war ein Gegeneinanderarbeiten. Durch ein Zusammenwirken müssen wir bessere Erfolge zu erzielen versuchen. Die gemeinsamen Lohnbewegungen müssen zentraler Natur sein. Nach den verschiedensten Bewegungen, deren Verlauf uns bekannt ist, forderten wir 1918 100 p. 100, die Fabrikantenorganisation empfahl bis 70 p. 100 mit Ausnahme der oberbadischen, die bis 25 p. 100 bewilligte. Erst die Verordnungen der Zentrale in Minden schafften hierin eine Besserung. Die zentralen Lohnbewegungen es ermöglicht, allen Tabakarbeitern Lohnerschöhungen zu verschaffen. Trotz der Einschränkung der Produktion ist die Zahl der an den Lohnbewegungen beteiligten Personen nicht wesentlich gemindert worden. Das ist der beste Beweis für die Richtigkeit der Lohnpolitik des Vorstandes. Bei zentralen Ausschreibungen müssen aber auch die Arbeiter die Vereinbarungen innehalten. Reichen die Löhne nicht aus, so müssen Verbesserungen nicht breit, sondern zentral durchgeführt werden. Nachdem die Zigarrenindustrie einen Manteltarif abgeschlossen war, gingen wir an die Arbeit, um auch für die anderen Gruppen einen Manteltarif zu schaffen. Sollte für die Zigarrenindustrie schnell etwas geschehen werden, so durfte es kein spezialisierter Tarif sein, sondern ein Manteltarif. Es handelt sich im Manteltarif um Mindestlöhne, auf die je nach den regionalen Verhältnissen Fällsläge gemacht werden. Große Spezialisierungen sind untrüglich wegen der verschiedenenartigen Verhältnisse in unserer Industrie. — Gerade ein Teil derjenigen Zahlstellen, die sonst eine möglichst grosse Bewegungsfreiheit für sich beanspruchen, verlangen jetzt eine spezialisierte Festlegung. Redner begründet dann die im Tarifentwurf enthaltene Vorschlag. Die Vorschläge gelten für eine 48stündige Arbeitszeit. Schon die freie Durchsicht wird eine wesentliche Verbesserung bringen. Den Wählern der Sortierer, auf eine genauere Umschreibung der für die Mindestlöhne zu leistenden Arbeiten kann Rechnung getragen werden. Es ist nun Pflicht aller Mitglieder, an die Arbeit zu gehen, zum Wohle der gesamten Tabakarbeiterchaft. (Bravo!)

Alle zu diesem Punkte gestellten Anträge werden genügend unterstellt, ebenso ein Antrag Klein-Rodenburg und Baumhardt-Greifberg, die sich auf die Wirtschaftshilfe und Vereinheitlichkeit der Fassous beziehen.

In der Diskussion erhält das Wort:

Herrmann (Hirschberg): Wir müssen mit der Zukunft, nicht mit der Vergangenheit rechnen. — Die Lohnarbeiter können wegen ihrer Abhängigkeit nicht immer mit der nötigen Energie vorgehen. Wir müssen uns wehren, da wir am schlechtesten bezahlt sind. Wenn Monopolisierung und Sozialisierung nicht möglich sind, müssen Lohnforderungen gestellt werden. Die Grundlöhne müssen erhöht werden, damit die Tabakarbeiter auf eine höhere Kulturstufe kommen.

Bachler (München): Die bisherige Lohnpolitik hat die Mitarbeiter nicht befriedigt, das lag an den Verhältnissen. Das Getriebe des Manteltarifes muss mit Fleisch und Blut durchdrungen werden. Bei Solidarität muss für männliche und weibliche Arbeiter der Lohn gleich sein. Branchenkonsenzen sind zur Ausarbeitung der Tarife notwendig.

Schnell (Frankfurt): Die Lohnfrage ist die wichtigste, die der Verbandstag zu erledigen hat. Wo die gute Organisation fehlt müssen auch die zentralen Ausschüsse nichts. Mehr Kräfte müssen freigesetzt werden, denn mit den vorhandenen kann die Lohnkontrolle nicht durchgeführt werden. Hauptklaue ist in dieser Frage volle Einmütigkeit auf unserer Seite. Beizirkweise müssen wir entsprechende Fällsläge ertragen. Maßgebend für die Kollaboration ist nicht nur die Höhe der Löhne, sondern der am Wochenende erzielte Verdienst. Die Mindestlöhne dürfen keine Normallöhne werden, denn heute sind die Fabrikanten in der Lage, höhere Löhne zu zahlen. Langfristig dürfen die Beiträge nicht sein. Erst durch die Teuerung sind die Tabakarbeiter der Organisation zugestrahlt.

Voratz (Hannover): Durch die Branchenkonsenzen wird am besten der Ausgleich in der Lohnfrage gesichert. Die Zahlstellen müssen sich gegenseitig über die Lohnverhältnisse unterrichten. Wir müssen methodisch handeln und nicht alles der Altmacht des Vorstandes überlassen. Durch die projektualen Fällsläge sind die Differenzen in der Lohnzahlung immer grösser geworden, deshalb müssen wir feste Lohnsätze fordern.

Clement (Breslau): Nicht nur die Teuerung, sondern auch die zentralen Bewegungen haben uns die vielen neuen Mitglieder gebracht. Die Erfolge, die wir künftig erreichen, dürfen nur den Organisierten zugute kommen. Auch die katholischen Fachabteilungen verfahren so, wie Redner an einem Beispiel beweist. Redner bespricht die geringen Löhne bei der Firma Dohms in Raitzow. Gelingt es, den Tarifentwurf zur Anerkennung zu bringen, so haben wir für die Tabakarbeiter der Organisation zugestrahlt.

Bethghalz (Leipzig): In Leipzig haben wir 20 M. mehr, als der Tarifentwurf vorschreibt und würden wir um keinen Preis zurückgehen. Um einen Ausgleich zwischen Stadt und Land herzustellen, müssen wir höhere Mindestlöhne im Rahmentarif fordern. Es scheint auch, als ob die Delegierten mit dem Vorschlag des Vorstandes nicht einverstanden sind. Das Lohnverhältnis der Weidemacher an den Zigarettenarbeiten muss gehoben und wie eins zu drei sein. Auch auf die Lehrerträge müssen sich unsere Bestrebungen beziehen, so, dass die Betriebsausschüsse von vornherein eine Einwirkung darauf haben.

Räder (Achim): Im Grunde genommen nehmen wir alle gern mehr als der Tarif vorsieht, aber man muss doch anerkennen, dass der Tarif einen wesentlichen Fortschritt bedeutet. Die Kollegen in den kleinen Orten sind oft viel schlimmer daran als die Großstädter. Will man den Achtkundstag aufrecht erhalten, müssen wir die Hausarbeit be seitigen. Welchen Vorteil haben nicht die Fabrikanten bei der Hausarbeit auf Kosten der Arbeiter? Die Allordnung ist abzuschaffen. Wenn beantragt ist, dass die Erfolge nur den Organisierten zugute kommen sollen, so muss auch dafür gesorgt werden, dass unorganisierte nicht eingekifft werden.

Hundtala (Dresden): Wir haben schon während des Krieges daran gestrebt, die Teuerungszulagen in seine Lohnzulagen umzuwandeln. Grundlegend bin ich für Abschaffung der Heimatarbeit, aber wir können nicht mit einem Schlag befreit werden. Da wir dann viele Kollegen schädigen würden. Im Tarif muss eine Bestimmung sein, die eine allmähliche Abschaffung ermöglicht. Gewiss sollen Bezirksschlüsse in Betracht kommen, aber ich möchte doch den Antrag zur Verlegung der Betriebe befürworten. In der Ferienfrage muss darauf gejagt werden, dass die Ferien nach einer bestimmten Beleidigung gegeben werden müssen. Die Regelung der Beurlaubungsfrage muss vorgenommen werden. Auch die Erleichterung der Hausarbeitsfrage ist notwendig.

Gersloff (Dresden): Wir haben schon während des Krieges daran gestrebt, die Teuerungszulagen in seine Lohnzulagen umzuwandeln. Grundlegend bin ich für Abschaffung der Heimatarbeit, aber wir können nicht mit einem Schlag befreit werden. Da wir dann viele Kollegen schädigen würden. Im Tarif muss eine Bestimmung sein, die eine allmähliche Abschaffung ermöglicht. Der Bezug auf die Löhne ist der Tarif für viele Orte ein Vorteil, doch müssen in manchen Gegenden auch Sachsen, erhebliche Rücksicht geahnt werden. In manchen Orten müssten wir erst die zentral verordneten Löhne energisch durchführen. Wir müssen jetzt zu einer Regelung kommen, mit der sich aufbauen lässt. Redner bespricht die Leipziger Löhne und glaubt, dass auch dort noch manches zu tun ist, z. B. hinsichtlich der freien Zugang.

Es gehen folgende Anträge ein:

1. Neuordnung von Hausarbeiten ist zu unterlassen.
2. Sollten die Teuerungsverhältnisse eine weitersteigende Tendenz er zeigen, dann sind außer den Löhnen in den abgeschlossenen Tarifverträgen Teuerungszulagen zu gewähren, die den örtlichen Verhältnissen entsprechen.

Armburst (Berlin): Die in Dresden abgehaltene Konferenz der Zigarrenarbeiter hat viel zur Klärung beigetragen. Wir müssen weiter solche Konferenzen haben. In der Frage, betr. Abschaffung der Hausarbeit muss ernster vorgegangen werden. Wer übernimmt die Kontrolle, dass den Hausarbeitern nur die vorgeschriebene Menge Zigarren gegeben wird? Redner wendet sich gegen die im Zigarrentarif vorgehende Fassung hinsichtlich des Schiedsgerichts und wünscht, dass eine Form geschaffen wird, die verhindert, dass die Entscheidungen nicht verzögert werden können. Die Unorganisierten aus den Erfolgen ausgeschlossen, rate ich ab, es könnte gefährlich für uns werden.

Kralowohl (Dahme): Der Grundlohn muss so gelegt werden, dass die Fällsläge der Orte oder Bezirke nicht so gross zu sein brauchen, denn jenk würde der Antrag der Verlegung der Betriebe noch grösser sein. Der Tarif muss kurzfristig sein, damit wir eintretenden Eventualitäten entgegentreten können. Auf die Beurlaubungsfrage muss mehr Gewicht gelegt werden. Der Grundlohn muss mindestens 50 M. betragen.

Fuchs (Hamburg) beantragt und begründet im Namen der auf dem Verbandstage anwesenden Sortierer:

Die Mindestlohn für Sortierung bis zu 6 Karben sind der Vorstand entsprechend zu gestalten. Noch weiter: Soche ist mit 30 Pf. und Wadeng. ist "10" los mit 1,20 M., für "10" gebündelt mit 2,20 M., für "20" mit 3,20 M., für "40" mit 5,20 M., und "100" mit 8,20 M. zu berechnen. Diese Sätze gelten für gewöhnliche Sorten ohne jede Mehrarbeit. Alle alle nicht erwähnte Sortimente, Pakete usw. und Fassaden sind entsprechend der zu leistenden Mehrarbeit höher Löhne zu zahlen.

Mehner rätselt: die Schwierigkeiten an, die durch eine völkliche Belebung der Gewerkschaft herverursacht werden würden. Die Gehaltszulage sei vom und Wadeng. nur bestimmt, die Herstellung von Paketen in den Strafanstalten unterbunden werden.

Gehler der P. v. Orling ist eingegangen:

Arbeitszeit, in jede 20 Jahre und darüber in einen Betrieb gehen, und die Ferien von 12 auf mindestens 18 Arbeitstage zu verlängern.

Lehmann (Dortmunder): Motwendig ist ein Tarif, im Anschluss eine Abkürzung der jetzt geltenden Löhne nicht vollzudenken.

Wolff (Dresden): Auch die Lage des Zigarettenmarktes muss wesentlich verbessert werden. Eine Befreiung der Elßendorf- und Heimatarbeit ist anzustreben. Gleichzeitig ist die Einheitslöhne, mit der zentralen Tarife gefordert werden. Den Worten müssen wir die Tat folgen lassen.

Vor Berufstag in die Mittagspause werden sich Merhoff (Dresden) gegen die unrichtige Weiber als seiner Ausführungen im Leichter Berliner Tagblatt eingesetzt. Nach kurzer Debatte, an der sich Bergholz (Leipzig) und Gerloff (Dresden) beteiligen, wird in die Mittagspause eingetreten.

Nachmittagssitzung.

Gehrenbach (Gotha): Die überbedürftigen Tabakarbeiter verlangen, dass die Unorganisierten die zentralen Lohnabschüttungen nicht erhalten. Wenn wir nicht alle Tabakarbeiter organisieren, haben die Fabrikanten den Vorteil davon.

Güntherhardt (Greifswald): Für und ist bei der Beurteilung dieser Frage entscheidend, was zur Lebenshaltung notwendig ist. Eine Bereinigung der Kosten ist anzukreieren.

Böhl (Hann.-Münden): Die neue Lohnpolitik hat ihre Güte und Schärfe verloren. Das Auto müssen wir behalten, das Salztheke von uns weisen. Die Ortsverwaltungen müssen geschulte Leute haben um die Bewegungsfähigkeit anstrengen zu können, die der Tarif uns bietet. Einmal müssen wir mehr Beispiele anstellen und dann auch andere Kollegen zur Arbeit heranziehen. Wir müssen so schnell wie möglich aus die Lohnhöhe der anderen Arbeitschafft kommen. Eine Wirtschaftshöhe ist dringend notwendig.

Krau Woll (Spener): Es ist aufregend, dass die Tabakarbeiterchaft durch ihre Organisationsflosse ihre schlechte Lage verschuldet hat. Ein fröhliches Beispiel bietet die polnische Sympathie. Durch energisches Eingreifen ist uns der Aufbau der Organisation gelungen, trotz der Schwierigkeiten im besetzten Gebiet. Wir wollen sie unsere gelehrte Freiheit auch einen entsprechenden Lohn. Eine baldige Regelung der Rauchzigarettenfrage ist erforderlich.

Folgendes Antritt von Griesbaum (Gütersloh) ist eingegangen: „In Anbetracht der schwierigen Verhältnisse in der Sortierabteilung beantrage ich, dass von den Sortierern zwei Delegierte zu mir in Hannover stattfindenden Konferenz, die den Tarif beraten soll, zu entsenden sind.“

Großdöbel (Dresden): Auch in der Großstadt Dresden gibt es noch eine Reihe rückständiger Leute. In Königsberg ist der Altkonservativen der Zigarettenindustrie noch nicht durchsetzt. Wir müssen auch die unorganisierten Fabrikanten zwingen, die zentralen Abschüttungen einzuhalten.

Franz (Dresden) empfiehlt der Kollegenschaft, der Tätekeit der Kollegin Woll in Spener nachzuwalzen. Wir müssen dahin wenden, dass mit Unorganisierten nicht mehr zusammenarbeitet wird. Wenn der Zigarettentarif nicht nach Wunsch ausgefallen ist, lag das an den Verhältnissen. Die Verschiedenartigkeit der Betriebe erfordert die Feststellung eines Tarifvertrages für Raucharbeiter. Notwendig ist eine Arbeitsgemeinschaft mit den in den Betrieben noch vorhandenen anderen freigewerkschaftlichen Organisationen. Die Wachtknechtarbeiter Dresdens haben zum Teil gegen unseren Verband gearbeitet. Es ist das Zusammenwirken mit den anderen Organisationen ein aufrichtigeres, das beweisen die Fortschritte, die wir erzielt haben. Sicher glaubten die Tabakarbeiter durch Überstunden anstatt durch Lohnsteigerungen ihre Lage zu verbessern.

Von Kühnen (Hamburg) wird nachstehende Resolution eingebracht: „Der Verbandstag erklärt sich mit dem vom Vorstand vorgelegten Rahmenkonzept einverstanden in der Bewertung, dass die Unterhandlungskommission weitere Verbesserungen der Mindestlöhne durchzusetzen verfügt.“

Sauerbruch (Bamberg): Bei der Rauch- und Schnupftabakindustrie muss in Zukunft ein Bezugslohn geschaffen werden. Der Handelslohn darf nicht markant sein. Wir müssen daraus bringen, dass der zulässige Lohn nur den Organisierten zugewiesen wird. Ein Vertreter der Rauch- und Schnupftabakarbeiter muss mit in der Verhandlungskommission sein.

Bergholz (Hannover): Es wird nicht beachtet, dass die Mindestlöhne doch nur für eine bestimmte Zigarettengröße gelten sollen; die Sorten müssen doch verschieden entlohnzt werden; dafür kommen doch die Qualitäten in Betracht. Bei Haushaltarbeit muss der Lohn höher sein, da eine Tatsächligkeit für den Arbeitsraum, für Feuerung, Licht usw. gewahrt werden muss. Auch muss für die Wiedergänger, Juristen usw. gesorgt werden.

Reinke (Bünde): Manche Firmen weigern sich, die vereinbarten Tagesentgelte zu zahlen. Schuldbaron hat die unorganisierten Tabakarbeiter. Das ist eine Sache, die noch Mindestlöhne von 140 M. bei achtstündiger Arbeitzeit zahlt. Den Antzügen, aus den einzelnen Kollegien zu den Tarifberatungen hinzuzuziehen, ist beizutun. Die Fabrikanten nehmen auf die zu gewährlegenden Ferien gar keine Rücksicht. Als ich bei einem Fabrikanten wegen der Ferienfrage vorfuhr, wollte man tatsächlich gegen mich werden. Die Heimatarbeit vollständig abzuschaffen, ist jetzt gewagt, aber noch und noch nicht so gefahren.

Grimme (Altenburg): Wir werden uns schämen werden müssen, ob wir in der Lohnfrage einer Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern einstimmen. Ich bin kein Gegner dieser Arbeitsgemeinschaften. Für die Unternehmer ist die Einschränkung des Betriebsraums angebracht. Die Unternehmer ist einschränken. Die Unvereinbarkeit von den einzelnen Gruppen, ist berechtigt. Der Vorstand hat in diesem Sinne geurteilt.

Von Häßler (Dresden) ist folgender Antrag eingesenkt: „Bei der 100%igen in Hannover laufenden Tarifberatungen müssen die Sorten und die Sorten nach dem Verteilungsprinzip unterteilt werden.“ Der Verteilungsprinzip ist der 100%ige Verteilung der Sorten nach dem Verteilungsprinzip unterteilt. Die Sorten müssen nach dem Verteilungsprinzip unterteilt werden, damit werden die Sorten nach dem Verteilungsprinzip unterteilt werden.

Eckhardt (Göttingen): Berg holz will die Tarifberatung am 15. Dezember beginnen, wenn es nicht anders bestimmt wird. Erst am 15. Dezember kann die Tarifberatung beginnen, wenn es nicht anders bestimmt wird. Erst am 15. Dezember kann die Tarifberatung beginnen, wenn es nicht anders bestimmt wird.

Fischer (Göttingen): Der Oberhaupt hat mir den Entwurf des Vertrags des Rauches die richtige war. Ich habe mich die Mindestlöhne mit der Organisation möglich. Unter dem Tarif ist es nicht mehr erlaubt, dass andere Unternehmen generalisiert zu identifizieren. Der Oberhaupt bietet die Pflichten, die nord- und südwestdeut-

Tabakarbeiter zusammenzuschließen. Ohne die Hilfe der Münchner Zentralen hätten wir die überbaulichen Fabrikanten, besonders die der Städte, zur Durchführung der Lohnabschüttungen nicht genugtun können. Bei den kommenden Verhandlungen müssen die Stammfabrikanten vertreten sein. Eine Besetzung der Repräsentanten und der Stämme empfiehlt sich nicht. Vielmehr Unterhändler müssen die nötige Belegschaftlichkeit haben und nicht mit gebundener Marschroute zu den Verhandlungen erscheinen.

Groß (Flensburg): Die Wittenberger sind mit der zentralen Lohnpolitik einverstanden. Siehe unten für eine Einzelne Erweiterung oder Ausweitung des Tarifvertrages.

Mosenthal (Berlin): Untere als Lohnpolitik hat nicht viel eingespart, die Reaktion der Fabrikanten nach dem Ende macht Fortschritte. Nun ist wieder durch die Erfahrung der einzelnen Betriebe herausgekommen werden. Unter 50 M. darf der Mindesttarif nicht sein. Schon vor 20 Jahren haben wir Lohnaufschluss für Hansastadt gefordert, jetzt ist es oft recht nötig. Ich warne vor einem großen Brüderappell, oder sollen die Mitglieder nichts mehr tun? Ich empfehle, die Brüder den Unterhändlern als Material zu überlassen.

Kraszina (Dresden): Meiner begreift nicht, wie Goerloff den Deedner Vertrag bestimmen konnte. Um die Verlegung des Vertrags zu verhindern, nach der Grundlohn höher sein. Der Hamburger Antrag, die Tarifarbeit zu bestimmen, ist nicht weit genug, es muss die Tarifarbeit ausschließen. Gegegenüber den Unorganisierten sind wir sicher zu bestimmen, wir müssen sie in der Organisation haben.

Goerloff (Dresden) will vom Dresden Antrag nicht entgegengestellt haben.

Hülfisch (Vorstand): Ich bitte Sie, die Brüder anzunehmen. Es wird Sitz der Delegation nicht entscheiden.

Großdöbel (Dresden): Ich bitte Sie, dass niemand Widerstand dagegen erhoben hat, dass die drei Verträge gemeinsam in der Brüderarbeit vorzehen. Dann dürfen wir auch nicht allein den Eintritt befehlischen, sondern müssen mit den anderen Organisationen einig sein. Nur die Heimatarbeiter ist gewiss ein besonderer Verteilung.

Wolff (Dresden) will vom Dresden Antrag nicht entgegengestellt haben.

Hülfisch (Vorstand): Ich bitte Sie, dass niemand Widerstand dagegen erhoben hat, dass die drei Verträge gemeinsam in der Brüderarbeit vorzehen. Dann dürfen wir auch nicht allein den Eintritt befehlischen, sondern müssen mit den anderen Organisationen einig sein. Nur die Heimatarbeiter ist gewiss ein besonderer Verteilung.

Es ist ein Antrag auf Einberufung einer Zigarettenarbeiterkonferenz bis spätestens 1. Februar 1920 eingetragen.

Mannheim wird auf Antrag Materialhalz befreit, sämtliche Anträge der Verbandsmitglieder als Material zu überwesen.

Der Punkt „Wiederanfang und Betriebsräte“ wird von der Tarifordnung abgezogen. Die Räte sollen im Tabakarbeiter veröffentlicht und dem Sitzungsprotokoll einverlebt werden.

Abendssitzung.

Geschenk (Hamburg) begründet als Berichterstatter in eingehender Weise die Entzüge der Statutenberatungskommission. Die Kommission empfiehlt folgende Änderungen des Statuts:

Der Abt. I des § 8 ist zu streichen und dafür zu sagen: „Der Verteilung ist am Tag eine jeden Woche fällig und beträgt pro Woche 10 M. in der ersten, 7,5 M. in der zweiten und 1 M. in der dritten Beitragsklasse.“

Der Abt. 2 des § 8 ist zu streichen und dafür zu sagen: „Alle Mitglieder geben die beiden Beitragsklassen an. jedoch können Mitglieder, die bis 20 M. pro Woche verdienen, der zweiten Beitragsklasse und beide Mitglieder, die bis 20 M. pro Woche verdienen, der ersten Beitragsklasse beitreten.“

§ 3 Abt. 7 erhält folgende Fassung: „Die Beitragspflicht ruht für die Mitglieder, sofern sie erheblich über Lohn geworben sind und für diese Zeit keine Unterstützung vom Verbande, Reich, Staat oder Gemeinde bezogen. Für diese Mitglieder werden Arbeitslosenmarken gestellt. Auch zur die Beitragspflicht für die Mitglieder, welche sich in Gründung bzw. Unternehmungsbau befinden. Eine freiwillige Weiterzahlung der Beiträge in vorstehenden Fällen ist gestattet.“

§ 3 erhält folgende Fassung: „Von den geleisteten Verbandsbeiträgen erhalten 10 M. der Beitragsklasse. Zahlstellen, welche Ortsbeamte unterhalten, belohnen 12 M. pro verlaufte Beitragsmarke.“

Die §§ 2 und 3 der Beitragsunterstützung soll bekräftigen:

in der ersten Klasse bis 2 M. pro Tag = 12 M. pro Woche

„ „ zweite „ „ 3 „ = 18 „ „

„ „ dritte „ „ 4 „ = 24 „ „

„ „ vierten „ „ sechste oder ausgelöste“ Mitglieder für Kinder unter 14 Jahren, zu deren Erziehung sie verpflichtet sind, auch eine Unterstützung von 2 M. pro Kind und Woche.“

Die im § 9 Abt. 1 festgestellten Unterstützungssummen sind zu streichen und folgendemmaßen festzulegen:

Nach einer In der In der In der
Beitragszeitung Beitragsklasse Beitragsklasse Beitragsklasse
von I II III

52 Wochen bis 16,20 M. bis 27.— M. bis 39,60 M.

104 „ 21,60 „ 36.— „ 52,80 „

126 „ 27.— „ 45.— „ 68.— „

208 „ 32,40 „ 54.— „ 79,20 „

260 „ 37,60 „ 63.— „ 92,40 „

312 „ 43,20 „ 72.— „ 103,60 „

364 „ 48,60 „ 81.— „ 118,80 „

416 „ 54.— „ 90.— „ 132.— „

Der Abt. 1 im § 9 ist zu streichen und dafür zu sagen: „Die Beitragspflicht ruht in der Brüderarbeit und beträgt pro Woche 10 M. pro Tag = 12 M. pro Woche.“

„ „ 2 „ „ 12 „ „ = 9.— „ „

„ „ 3 „ „ 24 „ „ = 18,20 „ „

„ „ 4 „ „ 24 „ „ = 24 „ „

„ „ 5 „ „ 32 „ „ = 32 „ „

„ „ 6 „ „ 40 „ „ = 40 „ „

„ „ 7 „ „ 48 „ „ = 48 „ „

„ „ 8 „ „ 56 „ „ = 56 „ „

„ „ 9 „ „ 64 „ „ = 64 „ „

„ „ 10 „ „ 72 „ „ = 72 „ „

„ „ 11 „ „ 80 „ „ = 80 „ „

„ „ 12 „ „ 88 „ „ = 88 „ „

„ „ 13 „ „ 96 „ „ = 96 „ „

„ „ 14 „ „ 104 „ „ = 104 „ „

„ „ 15 „ „ 112 „ „ = 112 „ „

„ „ 16 „ „ 120 „ „ = 120 „ „

„ „ 17 „ „ 128 „ „ = 128 „ „

„ „ 18 „ „ 136 „ „ = 136 „ „

„ „ 19 „ „ 144 „ „ = 144 „ „

„ „ 20 „ „ 152 „ „ = 152 „ „

„ „ 21 „ „ 160 „ „ = 160 „ „

„ „ 22 „ „ 168 „ „ = 168 „ „

„ „ 23 „ „ 176 „ „ = 176 „ „

„ „ 24 „ „ 184 „ „ = 184 „ „

„ „ 25 „ „ 192 „ „ = 192 „ „

„ „ 26 „ „ 200 „ „ = 200 „ „

„ „ 27 „ „ 208 „ „ = 208 „ „

„ „ 28 „ „ 216 „ „ = 216 „ „

„ „ 29 „ „ 224 „ „ = 224 „ „

„ „ 30 „ „ 232 „ „ = 232 „ „

„ „ 31 „ „ 240 „ „ = 240 „ „

„ „ 32 „ „ 248 „ „ = 248 „ „

„ „ 33 „ „ 256 „ „ = 256 „ „

„ „ 34 „ „ 264 „ „ = 264 „ „

„ „ 35 „ „ 272 „ „ = 272 „ „

„ „ 36 „ „ 280 „ „ = 280 „ „

„ „ 37 „ „ 288 „ „ = 288 „ „

„ „ 38 „ „ 296 „ „ = 296 „ „

„ „ 39 „ „ 304 „ „ = 304 „ „

„ „ 40 „ „ 312 „

Folgende Resolution Delchmann wied gegen 8 Stimmen angenommen: Der 17. Verbandsstag erklart sich mit der Einführung des Mätsystems in den Betrieben einverstanden und verspricht, alles zu tun, das Mätsystem zur Durchführung zu bringen. „Aussonderer hat der Verbandsstag Wert darauf, ein Mätsystem mit einem guten Wirtschaftsrecht in Wirtschaftssachen zu erhalten.“

Zu namentlicher Abstimmung wird mit 55 gegen 55 Stimmen beschlossen, die Materie des wirtschaftlichen Mätsystems statutarisch festzulegen.

Mösenthal (Berlin) erklärt, daß die 5 Stimmen, die sich gegen die Resolution Delchmann nicht richten, bestimmt abgegeben werden sind, so daß die Resolution als einstimmig angesehen gelten kann.

Hieraus werden die von der Statutüberprüfungskommission vorgeschlagenen Änderungen des Statuts, Kreis- und Wahlreglements aufgenommen. Nur im § 3 des Wahlreglements soll es anstatt 1600 Mitglieder auf je 750 Mitglieder herab. Das abgeänderte Wahlreglement wird gegen wenige Stimmen, das Statut, Kreisreglement, sowie die Erklärung des Gehaltes ihm einstimmig angenommen.

Die Anstellung der Gauleiter Gerloff (Dresden), Fischer (Berlin) und Oertel (Hamburg) wird durch den Verbandsstag einstimmig bestätigt.

Das abgeänderte Statut soll am 1. Januar in Kraft treten. In die Tarifverhandlungskommission werden delegiert:

Anderer (Leipzig), Bierkraemer, Chabot (Wien), Gumpenbauer,

Franz Hartmann (Berlin), Wedemacher, Selb (Hamburg), Toreller,

Wobis (Dresden), Toreller, Sauerhoff (Dresden), Borchardt, Bille und Schulze (Wiesbaden), Kantakarbeiter.

Voratz (Hannover) erhält seine Schwesenheit bei der namentlichen Abstimmung; er hätte gegen die statutarische Festlegung des Mätsystems gestimmt.

Es wird in die Beratung über die Anträge zu Punkt 6 der Tagessordnung eingestellt.

Verghols (Leipzig) tritt für den Leipziger Antrag ein, daß Ortsbeamte nicht mehr als Delegierte gewählt werden können.

Kralowitschi (Dresden) schlägt sich den Ausschüttungen Vergols an.

Voratz, Gerloff, Kuballa und Marx sind gegen den Antrag, ebenso Toreller.

Verghols (Leipzig) zieht den Antrag zurück.

Grundmann (Borsig) tritt für einheitliche Wahlen ein.

Krohn (Vorstandmitglied) spricht aus praktischen Gründen dagegen und tritt für das Kartellsystem ein.

Der diesbezügliche Antrag Kralowitschi wird abgelehnt.

Wohl (H.-Münzen) wünscht bessere Ausgestaltung des Tabakarbeiter.

Ein diesbezüglicher Antrag von Seiffenheimsdorf wird dem Vorstand zur Beurteilung überwiesen.

Der Vorstand wird beauftragt, den Wochlöhne, bez. Betriebsräte, dem § 8 des Statuts in entsprecher Form einzufügen.

Dann wird dem Vorstand die Genehmigung erteilt, zur Unterbringung der Verbandsleitung ein Haus zu kaufen. Der Kauf soll in dem Einteil erfolgen, das bei einer sich notwendig erweisenenden Auflösung des Stützes des Verbandes kein Schaden für unsere Organisation entsteht.

Punkt 7. Wahlen.

Delchmann (Bremen) gibt die Erklärung ab, daß er bereit ist, eine Wiederwahl anzuerufen. Ich würde aber vorerst keine Abstimmung der Stimmentzettel, um die Bezeichnung des Verbandsstages nicht zu verhindern, zu lassen. Nach in Zukunft werde ich meine ganze Kraft dem Verbande und damit der Tabakarbeiterchaft widmen, bin aber nicht gewillt, meinen augenblicklichen Posten in Bremen aufzugeben. Seit der Übernahme meiner Tätigkeit im Premer Staatsdienst habe ich vom Verbande kein Gehalt ihm bezogen. Ich sehe für meine politische Tätigkeit.

Selb (Hamburg) bemerkt, daß die Kommission einstimmig die verdienstvolle Tätigkeit Delchmanns anerkannt habe. Eine Wiederwahl ist in der Kommission hätte nur sachliche Bedenken gegen die Wiederwahl Delchmanns, weil beispielsweise bei Voten eines Verbandsvorstandes vorläufig nicht im Hauptberuf ausüben könne.

Franz Wohl (Speyer) zollt der Tätigkeit Delchmanns Worte der Anerkennung. Auch in Unternehmenskreisen habe sich Delchmann Wichtigkeit verschafft.

Das Abstimmung Groß (Schönborn) wird dem Gesamtvorstand gegen 7 Stimmen Zustimmung erteilt.

Bei der Wahl eines ersten Vorstandes entfielen auf Delchmann (Bremen) 89 Stimmen, außerdem wurden 20 weiße und 2 ungültige Stimmentzettel abgegeben.

Die übrigen Vorstandmitglieder, Hufnagel als zweiter Vorstand, W. Nieder, Welland als sester, Krohn als zweiter Kassierer, Tiedemann und Menzel als Sekretäre, werden per Akklamation gewählt. Bei der Wahl des ersten Kreisredes erhielten Stimmen: Frau Stolz (Dresden) 66 und Kiel (Gießen) 33 Stimmen, Frau Wohl (Speyer) eine Stimme. Außerdem wurden 2 weiße Stimmentzettel abgegeben. Frau Stolz (Dresden) ist somit gewählt. Dem Vorstandsende das Ausdrusses wurde Schöne (Hamburg) einstimmig wiedergewählt. Die Gewählten nehmen mit Dank an und versprechen, auch in Zukunft alles zu tun, was im Interesse der Tabakarbeiter notwendig ist. Damit ist die Tagessordnung erledigt.

Verghols (Leipzig) gibt die Erklärung ab, daß es nicht möglich war, die Internationale eingehend zu behandeln, sonst hätte auch bei diesem Punkt die Tätigkeit des Vorstandes eine Rolle gespielt.

Delchmann (Bremen) bemerkt, daß durch die Wahl Krohns zum internationalen Tabakarbeiterverband die Sache erledigt sei.

Um Schluss erhält das Wort:

Giebelheim (Holland): Es ist meine Pflicht, bei Premer Kollegen nachzuhören, ob sie mich an diesem Vorstandtag teilnehmen zu haben, mögen seine Wünsche welche Freiheit für die Tabakarbeiter bringen. Außerdem freue ich mich, daß Kollege Delchmann (Bremen) hat, auch in Amsterdam ihr Interesse der internationale Kollegenarbeit zu arbeiten. (Applaus)

Mölle (Düsseldorf): Nach ich sage für den Empfang herzlichen Dank. Der Verband hat eine große Aufgabe, die nicht von Verhandlungen wieder zum Leben bringt. Wir glauben ja, daß wir das internationale Bond müssen in der Zukunft führen. Die Delegierten stimmen bestimmt in einem Abreise auf die Internationale einzugehende Föderation. (Applaus)

Franz (Düsseldorf): Den Premer Kollegen herzlichen Dank dafür, was sie uns gegeben haben. Auf unsere Verhandlungen hoffen wir, daß man auf diesen Verbandsstag gekommen ist, aber wir sind dazu, daß die Delegierten bei einer Sitzung nicht vorläufig sind. Diese Sitzung ist von großer Bedeutung. Es ist jedoch mir nicht in der Sichtung der Arbeitsergebnisse, was wir uns gewünscht haben, sie die Ausarbeitung des Vertrages zu bringen. Es ist jedoch gewünscht, daß wir zum Durchbruch zu bringen, um dann weiter vorzugehen. Wir haben uns über die Konsolidierung unserer östlichen und westlichen Kollegen einig, wie wir mit ihnen zusammenarbeiten, die Ausarbeitung aller Tabakarbeiter herbeizuführen. Wir haben endlich eine Brücke geschaffen, die wir nun auch in die Tat umsetzen müssen. Stimmen Sie jetzt mir ein in ein Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband! (Beifall.) Der Verbandsstag ist geschlossen.

Berichtigung.

Die Verhandlungserfolg über die Verbandsversammlung vom 29. Oktober auf es unter Bannhardt (Düsseldorf) berichtet:

Die Düsselberger stimmen der Verbandsversammlung zu, stehen aber auf dem Standpunkt, die Gewerkschaftsunterstützung in alter Höhe aufzulassen und dafür die Tarifunterstützung zu erhöhen. Weiter tritt

für die Einführung von Arbeitsmarktmärkten ein.

Gustav Niendorf!

Der bisherige Redakteur unseres Verbandsorgans ist am 21. Oktober von uns geschieden, um sich in einem neuen Wirkungskreise zu betätigen. Niendorf schürt von uns, ohne persönliche Feinde zu hinterlassen. Seinen einfachen und lauter Charakter erkennen auch die an, die sachlich nicht immer einer Meinung mit ihm waren. Wer Niendorf kennt, weiß, daß er auch sehr nicht für die Tabakarbeiter verloren ist, für deren gesetzige und materielle Besserstellung er ein Lebensalter gekämpft hat. Und so wie Niendorf seine Tabakarbeiter nicht vergessen wird, so werden die Tabakarbeiter auch ihren Niendorf nicht vergessen.

Die Tarifverhandlungen für die Zigarrenherstellung

sollten am 5. November in Hannover fortgesetzt werden, da inzwischen die in Betracht kommenden Organisationen zu den gemachten Vorschlägen Stellung genommen haben. Durch die nunmehr erfoigte vollständige Einsicht des Fernverkehrs ist es unmöglich, in die Beratungen einzutreten. Sobald die Verkehrsbehörden behoben sind, werden die Verhandlungen stattfinden und hoffentlich recht bald zu einem für die Tabakarbeiter guten Ende geführt werden.

Die „hohen“ Löhne der Tabakarbeiter.

In der Sitzung der Volkszählung wehet sich ein Kollege gegen die oft gebrauchte Redensart, daß die Lohnerschließungen für die Tabakarbeiter die hohen Preise für Tabakwaren, insbesondere für Zigarren, verursachen, in folgender zutreffender Weise:

Neben allzuhohe Tabak- und Zigarettenpreise wurde vor kurzem berichtet, auch in den Loußler Blättern. Es wurde ganz besonders neben dem teuren Material auf die hohen Arbeitslöhne hingewiesen. Ganz besonders waren es die Dresden Nachrichten, die von zehn bis zwölfjährigen Löhnern berichten. Der Artikelbeschreiber kann sich dabei kaum überlegen haben, was solche Lohnerschließungen bedeuten würden. Wenn sie den tatsächlichen entsprechen, so müßte der Zigarrenmacher, auch wenn er nur ein mittelmäßiger Arbeiter wäre, mindestens einen Wochenverdienst von nicht unter 160 M. haben. Der Zigarrenmacher verdient aber kaum 80 M. und schwächere Arbeiter kommen höchstens auf 40 M. und noch weit darunter. Dieser Wochenverdienst gilt für Zigarettenrollen. Die Zigarettenmacher haben teilweise eindrucksvoll weniger und haben zwischen 20 bis 30 M. Wochenverdienst. Wenn das zehn bis zwölfjährig erhöhte Löhne sind, wie häufig müssen dann die Löhn vor dem Krieg gewesten sein, obwohl auch damals keine rohen Zigarettenwaren waren. Verdient ist ja sehr viel worden, wenn man sich die Preise der Zigarren vergegenwärtigt; allein die Arbeiter haben das allgemeinste davon, ihre Taschen sind leer geblieben. Wer hier verdient hat, erkennt sich wohl zu sagen. Darüber sind wir ja auch nicht natürlich, wenn nicht im Gedanken eine irre Meinung entstanden und durch die jetzt erwähnten Artikel noch bekämpft worden wäre, daß wir jetzt viel verdienen. Auch könnten wir nicht eher Stellung dazu nehmen, weil wir keinen Monat wegen Lohnabschaffung arbeitslos waren. Was das bedeutet bei dem schon ohnehin schwachen Verdienst, arbeitslos, mit der wenigen Unterstützung auskommen, bei den hohen Lebensmittelpreisen und Unterhaltungskosten, die Arbeiter müssen hyperaktiv und gelöst herumkommen. Wenn wirklich durch die Verbandsverhandlungen der erwähnte Wochenverdienst erreicht worden ist, so wurde seitens der Arbeitgeber nur unbedingt mit wenig Anstrengung nachgekommen. Da unsere Arbeitzeit gut 88 Stunden, täglich 8 Stunden beträgt, wegen zu knapper Tabakzuteilung, ist wir der Lohn für 8 Stunden täglich bezahlt, also wenn wir voll arbeiten, können wir auch nicht mehr verdienen, worum es sich aber haushälftlich handelt. Vom Tabakarbeiterverband ist durchaus nicht befürchtet werden, daß der Tabak enorm im Preis gestiegen ist und dadurch die Zigarren unbedingt verteuert werden müssen, nur unter schwächer Verdienst steht damit in kontrast. Zudem ist hiermit zum Ausdruck gebracht werden soll, um etwas die schläge Lage der Tabakarbeiter zu kennzeichnen. Auch könnte es den Raucher noch interessieren, daß der Arbeitslohn für eine Zigarette durchschnittlich 8 S., höchstens 4 S. beträgt.

Wettlauf über Bruttosubventionen?

Was nun den Soldaten während des Krieges als Nachmaterial zu dienen gewagt hat, geht aus einer Ansicht hervor, welche die „Süddeutsche Tabakzeitung“ von der Firma Lindemann u. Co., Zigarren- und Tabakfabriken, Hamburg 6, Dovenstr. 10/11, erhalten hat. Es heißt da:

„Es ist für die Allgemeinheit vielleicht nicht ganz uninteressant, zu erfahren, daß die ganz bedeutenden Kosten der Heeresverwaltung in Kriegstabaketen (Buchenlaub) bei der Vermietung der Fabrikations durch die Wirtschaftsgemeinschaft in den Besitz unserer Firma übergegangen sind, und zwar zum Preise von 3 M. geschrieben drei Mark, per Centner, abgepackt in Paketen.“

Diese Buchenlaubpakte werden in Abrechnung der gegenwärtigen Paketanzahl von uns als Heizungsmaterial verwendet werden. Die fast prekären Pakete eignen sich, sowohl ihrer Form, als auch ihres Inhalts nach ganz vorzüglich als Erfolg für Braunkohlenbrüder.

Betriebsräte und Reichstaat.

Die Unzufriedenheit der Arbeiter hat wohl jetzt ihren Höhepunkt erreicht. Wohl noch nie sind die Gelegenheiten schwerer hervorgekommen, wie gerade jetzt. Während auf einer Seite ein korruptes Eigentum im Gelde schwimmt, während Orgeln spielt und nicht weiß, wie das Geld am besten zu verwenden ist; schwimmt auf der anderen Seite das Elend der arbeitenden Kaste immer mehr an. Die ungeheure Teuerung ermöglicht kommt, die rationierten Lebensmittel zu erstellen, geschweige denn, hinterher herum sich Nahrungsmittel zu verschaffen, von Beschaffung der notwendigsten Bekleidungssachen gar nicht zu reden. Es ist klar, daß solche Verhältnisse eine Lage schaffen helfen, die sich in einer fortwährenden Stadtialisierung der Arbeiter bestens macht. Nichts liegt daher näher, daß man für diese zerstörten Zustände die Regierung verantwortlich zu machen versucht, ohne zu bedenken, daß die Regierung einer Situation gegenübersteht, der gegenüber auch die sängsten Kräfte versagen müssen. Als die Regierung im November vorjähriges Jahres die bisher kaiserliche Regierung ablöste, stand sie vor einem ungeheuren Trümmerhaufen. Der durch die Kriegswirtschaft völlig aufgepeppte Wirtschaftskörper war und ist noch von allen notwendigsten Waren ausgebildet, soweit wir darauf vom Auslande angewiesen sind. Der ungeheure Zustand der Valuta und die künstliche Hinausziehung der Münzierung des Friedens taten ein Übriges, um und um jeden Kredit im Auslande zu bringen.

und um die so notwendig anzuknüpfenden Handelsbeziehungen mit dem Auslande zu erschweren. Die Herstellung der Lebensmittel steht deshalb vor unübersteiglichen Schwierigkeiten und es kann daher ruhig gesagt werden, daß noch auf längere Zeit hinaus für den deutschen Arbeiter Schmalhans Alchenmeister sein wird.

Aber noch ein anderes Moment wirkt mitbestimmend in dem Wiedergangsprüfung; das sind die politischen Streits, die dem Wirtschaftsleben immer erneute Wunden schlagen und beeinflussend auf die Valuta wirken. Ein großer Teil der politischen Streits ist auf das Konto der Erfüllung des Mätsystems zu setzen. Die politisch links orientierte Arbeiterschaft startet gewissermaßen wie hypnotisiert auf das Mätsystem, von dem allein sie eine Besserung der Wissens erwartet, ohne an die warnenden Beispiele, wie sie uns Russland, Ungarn und Italien gegeben haben, zu denken. Beide finden sie dabei in der politischen Versplitterung der Arbeiterklasse einen guten Resonanzboden und schon machen sich Anzeichen bemerkbar, die auch die geschlossene Gewerkschaftsbewegung bedrohen, die, wenn sie sich verwirlichen sollte, zum größten Schaden der Arbeiter ausfallen würde. Das eifrigste Bestreben der am Mätsystem interessierten Arbeiter ist, die Gewerkschaften nach Möglichkeit gänzlich auszuschließen, wofür genügend Beispiele erbracht werden können.

Der obere Teil der Arbeiter, der auf dem Boden der Gewerkschaften steht und den organischen Ausbau der Forderungen der Gewerkschaften am Arbeitsprozeß, dem Mitbestimmungsrecht am Arbeitslohn, Arbeitsleistung und Arbeitsbedingungen vertritt, stellt sich hinter den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf zum Betriebsratgesetz und hofft, so ein Mätsystem zu verwirlichen, das für die arbeitende Klasse dauernden Gewinn schafft.

Die Folgen eines derartigen Eingriffs in unser äußerst kompliziertes Wirtschaftsleben, wie er von stützender Seite geplant ist, könnte zu den verhängnisvollsten Folgen führen, wenn nicht gar zur vollen Auflösung derselben. Die Forderung „alle Macht den Arbeiterräten“ klingt ja in der Theorie sehr revolutionär, in der Praxis würde sie sich doch wesentlich anders ausnehmen.

Beachtet man das Arbeitsfeld der zukünftigen Betriebsräte, so sehen wir, daß dem Unternehmetum die ganze Wissenschaft, Technik und eine ausgedehnte Erfahrung zur Seite steht. Dem gegenüber hat der einfache Arbeiter nur seine geringen Kenntnisse der Volksschulbildung in die Tasche zu werfen. Es ist nicht die Schuld der Arbeiter, daß es ist, aber das Desinteresse in allen Fragen der Politik und des wirtschaftlichen Lebens, das der Arbeiter in der Kriegszeit bewiesen hat, rächt sich nunmehr bitter an ihm selbst. Einmal an verantwortlicher Stelle stehend, zeigt sich dem Betriebsrat eine ganze neue Welt, die seinem Horizont bisher noch fremd war. Mögen auch die Fähigkeiten der Angestellten nachbringende Bewertung finden, so müssen doch auch sie ebensoviel erst lernen und vor einer Überholung derselben sei daher gewarnt; denn auch der Angestellte unterliegt im kapitalistischen System dem Gebot der Teilung der Arbeit.

Das Mätsystem gibt uns nicht nur größere Rechte, es stellt uns vor allen Dingen an eine verantwortliche Stelle und legt uns damit Pflichten auf, die mit leeren Phrasen nicht zu bewältigen sind. Nicht in einer radikal umwälzende der wirtschaftlichen Verhältnisse liegt das Heil der Arbeiter, sondern in einem organischen Ums- und Ausbau des bestehenden und Errungenen.

Einen großen Schritt vorwärts in dieser Beziehung für uns Tabakarbeiter sind die nunmehr endlich zur Tatsache gewordenen Verhandlungen zur Schaffung eines Reichstarifes in der Zigarrenherstellung. Lange genug haben die Tabakarbeiter hierauf ausgeschaut, aber immer wieder scheiterte die Aufgabe an den eigenartigen Verhältnissen in der Tabakindustrie.

Was erwarten wir Tabakarbeiter nun von einem Reichstarif?

Da ist zunächst ein dunkles Kapitel: die Heimarbeit. Wenn auch die Heimarbeit nicht sofort gänzlich befehligt werden kann, so muß sie doch auf ein Mindestmaß eingedrückt werden, denn die Heimarbeit mit ihren lohndrückenden und ausbeuterischen Tendenzen ist nun einmal ein Krebskrank für die Tabakarbeiter. In den Fabriken soll fünfzig nur noch acht Stunden täglich gearbeitet werden, möglichst nicht mehr wie 46 Stunden wöchentlich. Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sind ganz zu verbieten und wo sie trotzdem nicht zu umgehen sind, muß ein besonderer Aufschlag zu dem Lohn erfordern. In enger Verbindung hiermit sind Ferien für alle in der Tabakindustrie beschäftigten einzuführen unter Fortzahlung des Lohnes, denn der Tabakarbeiter ist es dringend bedürftig, wenigstens einmal im Jahre der südländischen Atmosphäre der Fabrik entrissen zu werden, um in freier Natur auf seine Erholung bedacht zu sein. Die Lohnregelung muß nach einem einheitlichen System unter Berücksichtigung eines Minimallohnes, einer Staffelung je nach Färbung und Qualität des zu verarbeitenden Materials geschehen. Die Löhne müssen auf eine derartige Höhe gebracht werden, wie sie bereits andere Kategorien von Arbeitern längst erreicht haben. Zwischen den Löhnern der Fabriken Nord- und Süddeutschlands muß ein entsprechender Ausgleich stattfinden, damit der leichteren Vertriegbarkeit der Zigarrenindustrie der Boden entzogen wird.

Weiter wäre der obligatorische Arbeitsnachweis liberal einzuführen, denn ein Arbeitsnachweis in Händen der Arbeiter ist von unschätzbarem Wert für dieselben.

Hier eröffnen sich den zukünftigen Betriebsräten reiche Tätigungsfelder und die Zukunft wird lehren, ob die Betriebsräte den an sie gestellten Ansprüchen gewachsen sein werden zum Nutzen der Tabakarbeiter.

Darum begrüßen wir Tabakarbeiter den kommenden Reichstarif und erwarten von den Verhandlungen, daß sie den Tabakarbeitern zu einem menschenwürdigen Dasein verhelfen werden.

Die Werkmeister im Tabakgewerbe.

Der unter obiger Überschrift in Nr. 48 des Tabak-Arbeiter erschienene Artikel des Werkmeisters W. veranlaßt mich, zu dieser Frage einige Worte zu sagen.

Die Lage der Meister im Tabaksgewerbe ist, soweit die Zigarren-, Zigaretten- und Sortiermeister in Frage kommen, in vielen Fällen eine sehr schlechte. Gibt es doch noch heute Meisterlohn von 80 bis 85 M., ja sogar noch darunter. Es kommt allerdings in den Fällen, die mir bekannt sind, noch eine Leistungszulage von ungefähr 60 Prozent des Meisterlohns hinzu. Diese wird aber wohl meistens monatlich ausgezahlt, um dadurch den Vertrag jedenfalls höher erscheinen zu lassen.

Die Fabrikanten, die noch solche Hungerlöhne an ihre Meister zahlen, sollten einmal versuchen, mit einem solchen Lohn, wie oben angeführt, sich und ihre Familien zu ernähren!

Aber die Schulden tragen die Meister selbst. Ich glaube bestimmt, daß sehr viele der Meister früher langjährige Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes waren. Warum bleiben dieselben nicht auch als Meister Mitglied? Aber es müßte ja einer "landesgemäßigen" Organisation beigetreten werden, was man doch die Treppe um eine Stufe hinaufgeschafft.

Wenn nun der Werkmeister-Verband in bezug auf Verbesserung der Lage seiner Mitglieder versagt hat, so möchte ich den Meistern aus dem Tabaksgewerbe, soweit sie im Werkmeister-Verband organisiert sind, raten, sich an ihre Organisation zu wenden mit der Aufforderung, an die Zigarrenfabrikanten mit der Festsetzung eines Mindestwochenlohnes von 160 M. heranzutreten.

Sollte der Werkmeister-Verband hierbei versagen, so ziehe man die Konsequenz und schließe sich dem Tabakarbeiter-Verband wieder an, zumal man als Meister doch auch nur Arbeiter im wahren Sinne des Wortes ist. Also, nur nicht zaghaft und hinweg mit dem Dunkel, der sehr häufig zur Schau getragen wird.

Noch ein Wort an die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes! Kollegen und Kolleginnen! Zeigt, da überall nach langem Stillstehen in den Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen wird, werden auch wieder in der Fachpresse viele Meister gesucht. In jedem derartigen Interat heißt es u. a.: Gehaltsansprüche sind zu richten an... Worum schreiben die Herren Fabrikanten nicht, was man für Lohn zahlen will? Doch jedermann nur, um den Mindestforderungen herauszufinden zu können.

Stellt bei eventueller Bewerbung um eine Meisterstelle die Gehaltsordnung auf mindestens 160 M. pro Woche; es ist dieses unter den heutigen Verhältnissen gewiß nicht zu viel. Und dann, bleibt auch als Meister treuer Mitglieder des Verbandes, denn es ist nicht gelagt, daß, wenn jemand Meister geworden ist, er es auch für immer bleibt. Sie haben dann Eure alten Rechte wenigstens gesichert und Ihr habt auch von den übrigen Kollegen und Kolleginnen keine Befürchtungen zu erwarten. — Sch.

Beschlüsse des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Vom 2. bis 4. Oktober hat in Amsterdam eine Sitzung des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes stattgefunden. Beiglich der Auflösung der deutschen und österreichischen Vertreter zur Washingtoner Konferenz hat sich das Bureau auf den Standpunkt gestellt, daß die getroffene Regelung, daß die betreffenden Delegierten nicht direkt eingeladen werden, sondern daß ihnen freigegeben wird, nach Amerika zu kommen, um von der Konferenz selbst zu erfahren, ob sie zugelassen werden, nur eine Formulatur sei. Man glaubte daher die Bedingungen des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftskongresses geprägt und hat die dem Internationalen Bund angegeschlossenen Gewerkschaften aufgefordert, Vertreter zu entsenden.

Herner wurde beschlossen, in Washington ein Bureau einzurichten und die Arbeitervertreter und ihre Berater vor Zusammentritt der Konferenz zu einer Versammlung zusammen zu berufen.

Für die Zwecke des Amsterdamer Bureaus soll ein Haus angenommen werden. Vom 1. Januar ab soll ein Bulletin in französischer, englischer, deutscher und spanischer Sprache herausgegeben werden; später würde in Aussicht genommen, noch eine skandinavische und die italienische hinzuzunehmen.

Das Bureau wird monatisch zusammengetreten: die erste Zusammenkunft des Vorstandes soll im März 1920 stattfinden. Fragen des Standes der Sozialisierung in den einzelnen Ländern sollen den Sozialzentralen fragedogen zugesehen. Be treffend eine Untersuchung der Gehälter, so in Deutschland wurden Schritte eingeleitet; auch soll versucht werden, eine Besserung der Lage der Gewerkschaften in den Wallanerstaaten herbeizuführen.

An die französische Regierung und den Obersten Rat der Entente soll wegen schlechter Heimsehung der Kriegsgefangenen herangetreten werden.

Die Argentinischen Gewerkschaften wurden in den Internationalen Bund aufgenommen; die beiden anwesenden Vertreter Argentiniens wurden erlaubt, auf den Anschluß der Gewerkschaften der übrigen Länders Südamerikas hinzuwirken.

Die nächste Sitzung soll am 11. Dezember stattfinden.

Wiedereinstellungspflicht von Kriegsgefangenen.

Gemäß §§ 2 bis 4 der Verordnung über die wirtschaftliche Betreuung vom 3. September d. J. steht den zurückgekehrten Kriegsgefangenen ein Recht auf Wiedereinstellung in ihre frühere Arbeitsstelle zu, wenn sie sich binnen sechs Wochen nach ihrer ordnungsgemäßigen Entlassung persönlich oder durch eingeschriebenen Brief zur Wiedereinstellung melden. Zur Wiedereinstellung ist nicht die letzte Arbeitsstelle vor der Entfernung zum Heimatdienst verpflichtet, sondern diejenige, bei der der Gefangene am 1. August 1914 tätig war. Kommt der Unternehmer seine Wiedereinstellungspflicht nicht nach, so bleibt dem Arbeitnehmer die Möglichkeit, sich beim Rektor des jeweiligen Schulbezirksschulausschusses anzuhören. Auslandig ist der Schulbezirksschulausschuss des Kreises, in dessen Bereich sich der betreffende Bezirk befindet. Die Belehrung kann auch bei dem Schulbezirksschulausschuß des Außenbezirkes anhören genötigt werden, der allerdings die Belehrung weitergibt. Seiner können viele ausländische Kriegsgefangene die Wiedereinstellung zur Wiedereinstellung verstreichen und gehen dadurch ihrer Pflicht verlustig. Kommt der Unternehmer seine Pflicht zur Wiedereinstellung nicht nach, so kann er durch Schriftspruch verpflichtet werden, den Kriegsteilnehmer für die ganze Zeit seit der Meldung zu entzündigen.

Verbandsteil.

Als verloren wurde gemeldet:

Behme. Das Musterbuch SII 14 911, lautend auf Paul Oehle aus Thonne, geb. 24. 2. 91 einget. am 3. 11. 1911. Kl. 2. (Siehe 138/13 S. 19.)

Eoch. Das Buch II 112 308, lautend auf Clara Schulze aus Soest, einget. am 1. 1. 1918. (Siehe 138/13 S. 19.)

Forthe. Das Buch II 112 308, lautend auf Clara Schulze aus Soest, einget. am 1. 1. 1918. (Siehe 138/13 S. 19.)

Forthe. Das Buch II 112 308, lautend auf Clara Schulze aus Soest, einget. am 1. 1. 1918. (Siehe 138/13 S. 19.)

Folgende Fehler sind bei mir eingegangen:

14. Oktober: Moira 50,-	15. Erfurt 100,-	16. Cöthen 200,-
17. Bingen 100,-	18. Bochum 800,-	19. Schotten 150,-
22. Gotha 340,-	23. Ronneburg 250,-	24. Burgsteinfurt 500,-
28. Rettelsdorf 180,-	24. Königs 200,-	25. Frankfurt 400,-
30. Minden 600,-	26. Northeim 378,98	27. Bonn 107,98
27. Hamm 200,-	28. Wernehausen 150,-	29. Elzenach 150,-
28. Düsseldorf 60,-	30. Herford 200,-	31. Oppeln 250,-
29. Prenzlau 200,-	32. Stuttgart 400,-	33. Cöln 500,-
30. Niedersachsen 1000,-	34. Dinglingen 440,-	35. Dinglingen 275,-
31. Böhlenhausen 200,-	36. Neudamm 200,-	37. Böddenhausen 72,-
32. Hünfeld 100,-	38. Gladbach 200,-	39. Wallerdingen 280,-
33. Wettmar 75,01	40. Hellingen 200,48	41. Wellingen 400,-
34. Wanfried 10,-	42. Wellingen 40,-	

Bremen, den 8. November 1919.

W. Sieber, Bremen.

Abrechnungen vom 3. Quartal 1919 sind wie folgt:

1. Bau Hamburg: Glücksburg, Boizenburg, Hamburg, Habersleben, Eddersleben, Scharmbeck, Neumünster, Langwedel.	2. Bau Hannover: Schönhausen, Dessau, Engelsburg.
3. Bau Nordhausen: Oberode, Ahungen, Schleusingen, Klein-Almerode.	4. Bau Herford: Einigloch, Vielesfeld, Reuenhagen, Bünde, Dettinghausen, Springe, Höxter, Hülscheid, Dettinghausen, Geltern, Ahle, Düsseldorf, Aldeha, Salzhausen, Burgsteinfurt, Lüdenscheid-Thal, Oelde, Hunne, Ol., Schwerte, Balve, Herford.
5. Bau Frankfurt a. M.: Lemminghausen, Broichshausen, Bad Orb, Höhr, Kl. Steinheim, Bierenheim, Langenselbold, Schotten, König, Kreuznach, Halzenhausen, Warendorf.	6. Bau Heidelberg: Stuttgart, Ehrenbreitstein, Laufers, Tübingen, Ehrenholz, Mühlacker.
7. Bau Offenburg: Reutlingen, Eggersweier, Emmendingen, Laibach, Oberkirch, Wallerdingen, Denzingen.	8. Bau Erfurt: Naumburg, Wintersdorf, Naumburg, Bösingen, Wernehausen, Teuchern, Bötzig, Lodenstein.
9. Bau Dresden: Bretnig, Kreischa, Tannenberg, Geithen, Sprottau, Böhlitz, Langenbielen.	10. Bau Breslau: Tiefenbach, Heynau, Sprottau, Böhlitz, Neuruppin, Lüdau, Schönlanke, Frankfurt a. O., Golberg, Prenzlau, Sorau, Küstrin.

Adressenänderungen.

Börnecken, Kr. Böbede (4): 1. Bes. August Höderl, Elzinghausen 17. 2. Bes. Heinr. Rüter, Elzinghausen 10. Niederl. Kr. Geltern (4): 1. Bes. Heinrich Lümpen, Löwendiek 57 a. 2. Bes. Arnold Mölders, Kölner Str. 93.

Adressen der Gauleiter:

1. Bau Hamburg: Gottlieb Opertag, Altona, Langenfelser Straße 43.	2. Bau Nordhausen: Herm. Schmidt, Nordhausen, Volkstr. 16.
3. Bau Herford: Wilhelm Schüller, Herford, Wallstraße 49.	4. Bau Frankfurt a. M.: Franz Schnell, Frankfurt a. M. West 18, Steinmehr. 6a.
5. Bau Heidelberg: Ludwig Klein, Heidelberg, Verarbeitungsstraße 82, II.	6. Bau Offenburg: Georg Durban, Offenburg, Mehrgasse 15 II.
7. Bau Erfurt: Dom. Wiesen, Erfurt, Böllowstr. 3 II.	8. Bau Dresden: Rich. Gerloff, Schützenplatz 20 III, Tel. 27 020.
9. Bau Breslau: Max Clement, Breslau XIII, Vorwerkerstr. 26 III.	10. Bau Berlin: Georg Fischer, Berlin SO 38, Wiener Str. 57 a.

Mitgliederversammlung.

Düsseldorf. Mittwoch, den 12. November, abends 21 Uhr, bei Niederhaus, Kommandanturstr. 1. D. D. Berichterstattung vom Verbandsrat, Referent Kollege P. Blaumeier.

Bekanntmachung.

Die Stelle des Ortsbeamten in Elbing ist mit dem Kollegen Schnabel, Schönlanke, besetzt worden. Allen Bewerbern besten Dank. Zahlstelle Elbing.

Abrechnung

des internationalen Tabakarbeiter-Sekretariats vom 1. Januar 1919 bis 30. September 1919.

Bestand:	Mk.	An Verwaltungskosten: Mk.
Am 1. Januar 1919	20 393,82	Bestand:
	Mk. 20 393,82	Am 30. Sept. 1919 20 133,82

Bremen, den 1. Oktober 1919. Deichmann, Sekretär.

Achtung!

Unser Verbandsbureau befindet sich jetzt

Bremen, Altenwall 14.

Alle Sendungen sind entsprechend zu adressieren.

Der Vorstand.

Rein Tabakarbeiter darf mehr unorganisiert sein!

Gestorben:

Zum 22. Oktober starb zu Görbitz, Karl Raab aus Siegenbäck.

Ehre seinem Andenken!

Achtung! Kleinmengenkäufer!

Rippen sind nicht mehr abzuliefern!!!

Derzeit ist eine Tabakschneidemühle im L. Co. & Co., Berlin N., Brunnensstr. 24, Deutschlands größtes Wiederverkaufsstätte. Von breitester Proviel über Tabakschneidemühlen. Tabakschneidemühlen machen von Markt 62,75 an in jeder Preislage vorrätig.



RAUCHTABAK

garantiert rein überseetisch, trocken, in Beutel à glocke 80 g zu Mk. 8,25 per Beutel laufend lieferbar. Probierend nicht unter einem Poststößel (glocke 70 Beutel).

KAUTABAK

garantiert rein mit Kreidensbeize, unbedingt schimmelfrei und genügsam, kein gesponnen, 8 Draht, 100 Stößel zu Mk. 7,50. Probierend nicht unter 100 Stößel. Lieferungen nur gegen Post-Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.

ANTIWÄWERK KAISERSLAUTERN

Postfach 10 a.

Zigarren-Großhandlung

kaufst laufend gröbere Posten

Zigarren

in der Preislage von Mk. 400.— bis 600.— pro Mille, garantiert reine Ware.

Gute mit Fabrikanten in Verbindung zu treten, welche gröbere und kleinere Posten liefern können. Versendung von 1 Probemille per Gilboten als Postwert-Nachnahme gut verpackt an meine Adresse unter Angabe der greifbaren Menge.

Alfred Kühl,
Stettin, Gr. Laßadie 61.

Fachlehrbücher 1. Ranges

mit vielen Abbildungen.

Der Tabak und die Tabakfabrikate von J. Wolf Lit. 20,50. Tabakbau und Tabakkunde von M. Riedling 21,80, 19,00, 17,00, 5,10.

Die Zigarettenfabrikation 8,00. Der Zigarettenrechner 2,00. Rechenheft 4,25. 10,000 Rezepte und Verfahren zur Herstellung heimischer und technischer Arznei 48,20.

Handbuch für Kaufleute 18,50. Gegen Nachr. v. Schwarz & Co., Verlagshandlung, Berlin 12 E., Innenseite 24.

Zu kaufen gesucht

Zigarren

eventuell auch lose. Offeren zu richten an

Jon Levie, Hamburg, Geschäftstr. 2.

Kollegen, kümmert euch um eure wirtschaftl. Interessen!

Welche Zigarren- oder Tabaksfirma

lässt einen freien Geschäftsräum, der sich zu einem Filiale oder einem besseren Zigarettengeschäft laufen will, 2 bis 3 Monate an? — Selbstiger ist vom 10. Dezember ab frei.

Wer Aufträge unter B. P. 21 an die Expedition dieses Blattes

Kaufort verhantzen

Einrichtungsgegen